

• Konferenz Bericht

sef:

Dresdner Forum für Internationale Politik 2018

„Sustaining Peace“ Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie

Larissa Neubauer

Demokratien galten lange Zeit als Garanten für Frieden. Doch zunehmend wird deutlich, dass selbst für gefestigte Demokratie ein dauerhafter Frieden eine ständige Herausforderung bleibt. Viele Menschen oder Gesellschaftsgruppen fühlen sich gegenwärtig nicht mehr ausreichend repräsentiert, populistische oder extremistische Strömungen gewinnen vielerorts an Zulauf. Auch der Wunsch einzelner ethnischer Gruppen oder ganzer Regionen nach politischer Unabhängigkeit stellt Demokratien vor Herausforderungen. Darüber sowie über Strategien für einen dauerhaften Frieden von der internationalen bis zur lokalen Ebene diskutierten rund 80 Teilnehmerin-

nen und Teilnehmer des ersten Dresdner Forums für Internationale Politik am 8. und 9. Februar 2018. Zum Auftakt dieser neuen Veranstaltungsreihe hatten die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), der Freistaat Sachsen, Engagement Global gGmbH und die Stiftung Frauenkirche Dresden eingeladen.

Indikatoren für dauerhaften Frieden

Nach dem Globalen Friedensindex (Global Peace Index) des Institute for Economics and Peace ist die Welt – abgesehen von den Konflikten im Nahen Osten – insgesamt friedlicher geworden. Das Index-Ranking 2017 zeigt eine Verbesserung in 93 Ländern. Folgt man dem Konzept des positiven Friedens, geht es aber nicht nur um die Abwesenheit gewaltsamer Konflikte. Das Institute für Economics and Peace hat acht Säulen identifiziert, die für ein dauerhaft friedliches Zusammenleben entscheidend sind und die sich gegenseitig bedingen. Wirtschaftliche Aspekte spielen dabei ebenso eine Rolle wie gute Regierungsführung. Besonders wichtig seien die Bekämpfung der Korruption, ein gewisser Grad an Rechtsstaatlichkeit sowie die Fähigkeit, Missstände zu beseitigen, die zu Konflikten führen können. Das Bruttosozialprodukt allein ist hingegen kein besonders aussagekräftiger Indikator zur Messung eines positiven Friedens, so Steve Killelea AM, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Institute for Economics and Peace, in seiner Eröffnungsrede.



Festsaal im Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Dresden

Demokratische Freiheit vs. Sicherheit?

125 Länder hatten laut Freedom House im Jahr 2015 Regierungen auf Basis von ‚freien und fairen‘ Wahlprozessen; die Demokratie war somit die am weitesten verbreitete Regierungsform weltweit. Auch in Nachkriegsgesellschaften wird auf Einführung oder



S.E. Ramzy Ezzeldin Ramzy in der Frauenkirche Dresden

Ausbau demokratischer Regierungsführung gesetzt. „Besonders effektive Demokratien sind auch besonders friedvoll, dennoch kann der Umkehrschluss nicht sein, dass sich alle Probleme lösen lassen, wenn wir den Menschen Demokratie bringen“, warnte Killelea. Judith Large, Senior Research Fellow am Conflict Analysis Research Centre der Universität Kent, gab in ihrem Eröffnungsbeitrag zu bedenken, dass sich das Wesen von Demokratie im letzten Jahrzehnt stark gewandelt hat: „Zwei Worte scheinen die Literatur und die Debatte um nachhaltigen Frieden durch demokratische Regierungsführung in der internationalen Debatte geprägt zu haben: Diese Worte sind Globalisierung und Sicherheit.“ Paradoxiertweise würden zwar in vielen Ländern demokratische Wahlen durchgeführt, aber dies ginge gleichzeitig einher mit dem Abbau politischer und persönlicher Freiheiten. Begründet werde dieser Abbau mit Maßnahmen, die unserer Sicherheit dienen sollten, die letztlich aber zu einem stärkeren Unsicherheitsempfinden führten. Bisherige Werte und Normen, die stark mit dem Wesen der Demokratie verknüpft waren – Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit vor dem Recht, eine offene respektvolle politische Debatte – würden auch dadurch zunehmend erodieren. Diesem Paradox müssten wir uns widmen, auch bei der Einführung von demokratischen Strukturen in Nachkriegsgesellschaften. Es gehe nicht nur darum, Macht neu zu verteilen, sondern auch darum, die Entwicklung und Bedürfnisse der Menschen vor Ort stärker in den Blick zu nehmen und die oben genannten Werte nicht zu vernachlässigen.

Demokratischer Wiederaufbau nach Konflikten

Ein besonders herausforderndes Beispiel für den Wiederaufbau demokratischer Regierungsführung stellt aktuell Syrien dar. Im Rahmen der öffentlichen Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden beschrieb Botschafter Ramzy E. Ramzy, Stellvertreter Sondergesandter der Vereinten Nationen (UN) für Syrien, eindrucksvoll die immensen Kosten des Krieges in Syrien. Dies gelte nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die zerrüttete Gesellschaft, die gesunkene Lebenserwartung, die Ausbreitung von Armut und den mangelnden Zugang zu Bildung. Die vielen zerstörten Städte – wie Homs, Aleppo oder Ar-Raqqa 2018 – würden dem Bild Dresdens 1945 gleichen. Er hoffe darauf, dass die Entwicklung der deutschen Nachkriegsgesellschaft, die Wiedervereinigung und der Wiederaufbau Dresdens und der Frauenkirche ein Beispiel für Syrien sein können. Ein friedvolles und stabiles Syrien sei zentral für den Frieden im Nahen Osten. Um den politischen Prozess aufzubauen und die gesellschaftlichen Gruppen wieder miteinander ins Gespräch zu bringen, sei eine Waffenruhe allerdings unverzichtbar. Auch wenn der gesellschaftliche Frieden von innen heraus wachsen müsse, ist seiner Ansicht nach ein UN-geführter Prozess zum politischen Aufbau derzeit der einzige, der als neutral gewertet und von allen Seiten anerkannt werden kann.

Beteiligung aller in politischen Prozessen ermöglichen

Eine Grundvoraussetzung für einen belastbaren demokratischen Prozess ist die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Mit Hilfe verschiedener Gremien will die UN vor allem eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie von Frauen ermöglichen. Insbesondere die Teilhabe von Frauen an den politischen Prozessen sei in Syrien bisher vernachlässigt worden.

Die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen in politischen Prozessen hob auch Hajer Sharief, Gründerin der Organisation „Together We Build It“ aus Tripolis, hervor. Es sei ihre eigene Erfahrung, dass in vielen Verhandlungen und Gremien auf nationaler und internationaler Ebene sogenannte „Experten“ sitzen würden. Ausgeblendet würde allerdings die Kriegs- und Konflikterfahrung derjenigen, die denselben überlebt hätten. „Ich habe es geschafft, in einem vom Bürgerkrieg geplagten Land zu überleben. Natürlich bin ich eine Expertin für Sicherheitsfragen“, warf Sharief in die Diskussion ein. Einen Krieg zu überstehen zeuge von Resilienz. Diese Erfahrung sei auch in politischen Prozessen wertvoll. Gleichzeitig seien die Menschen auf der lokalen Ebene diejenigen, die als eine Art Frühwarnsystem vor neuen Konflikten warnen könnten.

„Um Konflikten vorzubeugen müssen wir Konfliktparteien miteinander ins Gespräch bringen“, so Tanja Gönner, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Frage nach dem „Wie“ sei oftmals zentral. Dies zeige sich ganz besonders in Israel und Palästina, wo junge Menschen aufgrund der scharfen Zugangsregelungen zwischen den Palästinensergebieten und dem israelischen Gebiet keine Gelegenheit hätten, die Menschen der anderen Seite kennen zu lernen. Insbesondere im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes setzt sich die GIZ darum in Projekten für ein gegenseitiges Kennenlernen, Respektieren der anderen Seite und den Abbau von Vorurteilen ein. Gewalt dürfe keine Lösung sein.

Vera Baboun, ehemalige Bürgermeisterin von Bethlehem, bekräftigte zwar, wie wichtig es sei, dass Frieden von innen wachse. Sie machte allerdings auch deutlich, dass die Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel ihre Mitbürger und ihr Land unter großen Druck setzten. Allein die Mauer um Bethlehem verhindere ein natürliches physisches Wachstum der Stadt. Gerade unter jungen Menschen sei eine gewisse Perspektivlosigkeit symptomatisch; ihre Möglichkeiten zur Entfaltung seien begrenzt.

Radikalisierung als Antwort auf Gewalt und Unterdrückung

Wie stark ein friedliches Miteinander auch von weltpolitischen Ereignissen oder Einflüssen von außen geprägt wird, machte die Diskussion um die Auswirkungen extremistischer Strömungen deutlich.



Hajer Sharief im Haus der Kirche – Dreikönigskirche, Dresden

Gerade Länder in Afrika waren in den letzten Jahren besonders betroffen von extremistischer Gewalt, über 30.000 Menschen verloren bei verschiedenen Anschlägen in den letzten fünf Jahren ihr Leben. Die Motivation junger Menschen, sich extremistischen Organisationen anschließen, wird oftmals in ihrer

Perspektivlosigkeit gesehen. Hajer Sharief berichtete jedoch aus eigener Erfahrung, dass sich viele junge Menschen radikalisierten, weil sie oder jemand aus dem näheren Umfeld direkt oder indirekt ein Opfer internationaler Politik geworden ist, im Extremfall z.B. durch einen Bombenangriff. Die Radikalisierung, die sie sehe, sei selten religiös, sondern oftmals politisch motiviert – vor allem durch eine Ablehnung des Westens. Es sei ein Gefühl von Ohnmacht und Unverständnis gegenüber Eingriffe von außen. Seltener ginge es um Bestätigung oder Anerkennung, die im extremistischen Umfeld gesucht werden. Es sei wichtig, sich in diese Gedanken hineinzusetzen, um Veränderungen zu ermöglichen.

Diese subjektive Erfahrung unterstützte auch Mohamed Yahya, Regionaler Programmkoordinator für Afrika beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). In einer umfassenden Studie über die Motive extremistischer Kämpfer in Afrika beschreiben er und sein Team, dass 71 Prozent der Befragten angaben, repressives oder gewaltsames Handeln durch staatliche Autoritäten sei Auslöser für ihren Anschluss an extremistische Gruppen gewesen. Extremistische Gruppen nutzten allerdings unterschiedliche Werbestrategien, um Anhänger zu gewinnen. Wirtschaftliche Anreize gehörten durchaus auch dazu. Diese Erkenntnisse müssten zur Prävention genutzt werden. Die bisherigen politischen oder militärischen Antworten auf den Zulauf zu extremistischen Gruppen seien hingegen weitgehend verfehlt und oftmals kontraproduktiv.

Bedürfnisse aller gesellschaftlicher Gruppen wahrnehmen

Die mangelnde Bearbeitung wichtiger gesellschaftlicher Fragen sieht Dr. Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft aus Jena, in Deutschland als eine der Ursachen, weshalb populistische Strömungen an Attraktivität gewinnen: „Es gibt Aspekte, die vom Staat nicht hinreichend bearbeitet werden. Dies füttert extremistische Tendenzen. Besonders gilt dies im ländlichen Raum, dort entstehen ideelle und lebensweltliche Nischen. Extremistische Bewegungen sind oftmals die einzigen, die dort Angebote für Jugendliche machen“. Gesellschaft und Politik müssten sich stärker engagieren und Jugendliche ernst nehmen. Sie dürften nicht das Gefühl entwickeln, dass ihr Engagement oder ihre Meinung in unserer Gesellschaft keine Wirkung zeigt.

Wie wichtig es ist, die Bedürfnisse aller gesellschaftlicher Gruppen politisch abzubilden, zeigte sich auch in der Debatte um Unabhängigkeitsbestrebungen in Demokratien. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, das Streben nach politischer Unabhängigkeit basiere auf wirtschaftlicher Unzufriedenheit, spielt auch hier die politische Unterrepräsentation oft eine wichtige Rolle. Professor Samir Kumar Das, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Kolka-

ta, beschrieb, dass die wenigsten Regionen in Indien, die eine größere Autonomie anstrebten, wirtschaftlich unterentwickelt seien. Die Stärke der Unabhängigkeitsbestrebung stünde in keiner Korrelation mit der Entwicklung der Wirtschaft.

Aktuell prominentestes Beispiel in Europa ist der Konflikt um die Unabhängigkeitsbestrebung Kataloniens. Die noch junge Demokratie Spaniens ist sehr zentralistisch ausgelegt. Regionale Bedürfnisse würden kaum berücksichtigt, so Dr. Marc Sanjaume-Calvet, außerplanmäßiger Professor für Politische und Sozialwissenschaften an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona. Anders als in Deutschland ist in der spanischen Demokratie keine föderale Beteiligung vorgesehen. Eine ähnliche Institution wie der Bundesrat in Deutschland existiert nicht. Auch das katalonische Streben nach Unabhängigkeit sei Ergebnis einer konstitutionellen Schwäche der Demokratie, erläuterte Sanjaume-Calvet. Die wirtschaftlichen Argumente seien nicht entscheidend. Kritisch bewertete er die „law and order“-Reaktion der spanischen Regierung, durch die Politiker kriminalisiert werden, und die Ausübung von Gewalt im Zusammenhang mit den Wahlen in Katalonien. „Diese Strategie ist gescheitert, denn sie hat nicht dazu geführt, dass die Separatistenbewegung gestoppt wurde.“ Stattdessen wäre eine stärkere politische Beteiligung viel wirksamer, sie könnte der Unabhängigkeitsbewegung den Wind aus den Segeln nehmen.

Städte als Brennglas für Konflikte...

Fragen nach demokratischer Regierungsführung, politischer Beteiligung und Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Gruppen sind nicht nur auf nationaler und internationaler Ebene von Bedeutung. Städte und Kommunen wirken wie ein Brennglas, da das Zusammenleben auf engem Raum unmittelbar funktionieren muss.

Nationale Konfliktdynamiken können im Extremfall zu einer physischen Teilung von Städten führen. Konfliktparteien werden voneinander getrennt, um Gewalt zu vermeiden. Dies geht einher mit dem Aufbau paralleler Infrastrukturen (zum Beispiel getrennte Schulen). Diese Beobachtungen hat Professor Scott Bollens von der Universität von Kalifornien in seiner jahrzehntelangen Stadtforschung gemacht: „Gewalt in politischen Konflikten teilt eine Stadt physisch auf, es entstehen ‚no man’s lands‘ und ‚no-go-areas‘.“ Die Teilung wird oftmals durch den Staat vorgenommen, im Fall Jerusalem hat sich der Staat Israel sogar für den Bau einer Mauer entschieden.

...und als Nukleus für Frieden

Städten kommt zugleich bei der Gestaltung eines dauerhaften Friedens eine besondere Rolle zu. „Städte können keinen Krieg verhindern. Aber lokale Regierungen können zu einer Friedenskultur beitragen. Wir müssen lokale Initiativen viel mehr wertschätzen und eine größere globale Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse lokaler Regierungen lenken“, so Dr. Tarik Kupusović, ehemaliger Bürgermeister von Sarajevo. Eigene Programme im Sport- und Kulturbereich oder die Gestaltung von Dialogprozessen würden wesentlich zu einem gesellschaftlichen Frieden beitragen.

Einen offenen Dialog sucht auch die Friedensstadt Osnabrück. Hier wird exemplarisch deutlich, dass Konflikte im städtischen Bereich auch in einer ansonsten friedlichen Gesellschaft entstehen können. Zum einen liegt dies an einem Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich. Einzelne Stadtteile laufen Gefahr vom Rest „abgehängt“ zu werden. Aber auch globale Zusammenhänge nehmen Einfluss auf das Zusammenleben in Städten. Christiane Grewe vom Büro für Friedenskultur der Stadt machte deutlich, dass die Einwanderung in manchen Städten durchaus eine Herausforderung für den städtischen Frieden bedeute. Das Aufeinandertreffen vieler Religionen, aber auch verschiedener Ethnien, könne dazu führen, dass Weltkonflikte in die Stadt hineingetragen werden. Mit einem Runden Tisch der Religionen wolle Osnabrück entstehenden Konflikten frühzeitig begegnen.

„Sustaining Peace“ als dauerhafte Aufgabe für Demokratien

Ob auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene – im Verlauf der zweitägigen Veranstaltung wurde deutlich, dass auch in bisher stabilen Demokratien Frieden nicht selbstverständlich ist. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müssen alle gesellschaftlichen Gruppen politisch beteiligt oder repräsentiert werden. Das Gefühl von „Abgehängt-Sein“ oder nicht gehört werden befördert die Ablehnung von politischen Strukturen und erzeugt im schlimmsten Fall gewaltsame Konflikte. Auch das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen lokaler und globaler Ebene muss geschärft werden. Konflikte auf lokaler Ebene oder in Städten sind nicht losgelöst von überregionalen oder internationalen Konflikten und umgekehrt. Durch alle Ebenen hindurch gilt, dass Gewalt Gegengewalt erzeugt. Erfolgreiche Strategien für einen dauerhaften Frieden sollten diese Erkenntnisse berücksichtigen.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der SEF informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2018